

PROTOKOLL

10. Sitzung des 54. Studierendenparlaments am 17.10.2022

Erstellt am: 26.10.2022
Geändert am: 26.10.2022
Beschlossen am: 17.11.2022
Bekanntgabe am: 24.11.2022

Inhalt:

Anwesenheitsliste	3
Verzeichnis der Anlagen	4
TOP 1. Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit	5
TOP 2. Genehmigung der Protokolle der vergangenen Sitzungen	5
TOP 3. Festlegung der Tagesordnung	5
TOP 4. Bericht des SP-Sprechers und Anfragen	7
TOP 5. Bericht des AStA und Anfragen	7
TOP 6. Weitere Berichte	8
TOP 7. Festlegung der Fristen zu den Wahlen zum 55. Studierendenparlament	9
TOP 8. Änderung der Wahlordnung für die Studierendenschaft	9
TOP 9. Verschiedenes	9

Anwesenheitsliste

Parlamentarier	Liste	Anwesend	Stellvertretung/Bemerkung
Koritnik, Angelina	GEWI	nein	vertreten durch Brüggemann, Matthias
Lysiak, Philip	GL	ja	
Böcker, Feo	GRAS	ja	
Rehberg, Sofie Marie	GRAS	ja	
Wegener, Robin	GRAS	ja	
Ali, Omar	IL	nein	
Demir, Hanife	IL	ja	
Ince, Ugur	IL	nein	
Iqbal, Kiram	IL	nein	
Sahbaz, Zeynep	IL	nein	
Xhelili, Dea	IL	ja	
Yalim, Irem	IL	nein	
Yavuz, Emre	IL	ja	
Yavuz, Eren Ertunc	IL	ja	
Yildiz, Nurgül	IL	nein	
Yilmaz, Yanki	IL	ja	
Dilbas, Aselya	JUSOS	nein	
Gödde, Mika	LHG	nein	vertreten durch Geppert, Niklas
Bandyk, Viviane	LiLi	nein	
Linsel, Nick	LiLi	nein	
Ünal, Emre	LiLi	nein	
Weber, Noah	LiLi	nein	vertreten durch Lahsberg, Kai
Welsing, Lena	LiLi	nein	vertreten durch Kranzmann, Lars
Agethen, Ron	NAWI	ja	
Cremer, Tim	NAWI	nein	vertreten durch Gallert, Marc Patrick bis 19.16 Uhr vertreten durch Gieshoff, Fabian ab 19.16 Uhr
Demirci, Talha	NAWI	ja	
Handford, Henry	NAWI	ja	
Herden, Alexander	NAWI	ja	anwesend bis 18.37 Uhr
Krüger, Phillip Nico	NAWI	nein	vertreten durch Meinert, Hendrik
Reichert, Katrin	NAWI	ja	
Tilbürger, Elisabeth	NAWI	ja	anwesend bis 20.03 Uhr
van der Linden, Inja	NAWI	ja	
Walkowiak, Patrick	NAWI	ja	
Käppel, Felix Christof	RCDS	ja	
Schwarz, Kara Luisa	REWI	nein	vertreten durch Sandmeier, Sophie
Name	Liste		Rolle/Bemerkung
Nickel, Tommy			
Stein, Franzi			FSVK-Sprecherin

Verzeichnis der Anlagen

Index	Anlage	Hinweis
01	Einladung zur 10. Sitzung des 54. StuPa <i>Einladung_StuPa_10.pdf</i>	
02	Antrag der GRAS zu Menschenrechten im Iran <i>Menschenrechte stärken - Demonstrierende im Iran unterstützen.pdf</i>	zu TOP 3
03	Antrag zur Festlegung von Terminen zur SP-Wahl <i>beschlussempfehlung_wahlausschuss.pdf</i>	zu TOP 7
04	Antrag auf Änderung der Wahlordnung <i>aenderung_wahlordnung-vers02.pdf</i>	zu TOP 8
05	Lesefassung der geänderten Wahlordnung <i>wahlordnung_lesefassung_vers02.pdf</i>	zu TOP 8
06	Anfrage bzgl. schärferer Corona-Maßnahmen <i>Anfrage_Coronamaßnahmen.pdf</i>	zu TOP 9

TOP 1. Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

5 Der Sprecher des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) eröffnet die Sitzung um 18.05 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Der stellvertretende Sprecher des Studierendenparlaments (Felix Käppel, RCDS) überprüft die Anwesenheit der gewählten Parlamentarier und der Sprecher des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) stellt die Beschlussfähigkeit der Sitzung fest. Der stellvertretende Sprecher des Studierendenparlaments (Felix Käppel, RCDS) schlägt die Aufnahme der Zoom-Konferenz zur Erleichterung der Protokollierung vor und bittet dazu um Abstimmung. Die Aufzeichnung wird durch Stimmabgabe im Chat ohne Neinstimme befürwortet.

10 TOP 2. Genehmigung der Protokolle der vergangenen Sitzungen

15 Der Sprecher des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) verweist auf den zuvor durch den stellvertretende Sprecher des Studierendenparlaments (Felix Käppel, RCDS) versandten Protokollentwurf zur 9. Sitzung vom 19.08.2022, welcher in einer öffentlichen und einer nicht-öffentlichen Fassung vorläge. Er erklärt, ihm lägen keine Anträge auf Änderung dieses Entwurfes vor und fragt, ob es aus der Runde dennoch Anträge gebe. Dies ist nicht der Fall. Der Sprecher des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) stellt die Genehmigung beider Protokollentwürfe in unveränderter Form zur Abstimmung.

Der Antrag wird bei folgendem Ergebnis angenommen:

20

19 Stimmen JA

TOP 3. Festlegung der Tagesordnung

Der Sprecher des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) erklärt, es sei im Vorfeld der Sitzung ein Antrag von Yanki Yilmaz (IL) gestellt worden, der jedoch mangels Dringlichkeit zwischenzeitlich zurückgezogen worden sei.

25 Weiterhin habe Tommy Nickel eine Anfrage zu den Corona-Maßnahmen zugesandt. Da dieser Anfrage kein Antrag zugrundeläge, solle diese unter dem TOP Verschiedenes behandelt werden. Die Liste GRAS habe zudem einen Antrag gesendet, das SP solle sich mit den Demonstranten im Iran solidarisieren. In dem Antrag sei zunächst auf eine mündliche Begründung verwiesen worden, was für Dringlichkeitsanträge nicht statthaft sei. Der Sprecher des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) verliest eine von Vertretern der GRAS auf Nachfrage des stellvertretenden Sprechers des Studierendenparlaments (Felix Käppel, RCDS) nachgerichten Begründung vor. Diese lautet im Wortlaut: „Aufgrund des weiterhin ausstehenden Sitzungskalenders war es uns innerhalb der kurzen Zeit bis Ablauf der Einreichungsfrist leider nicht möglich unser Anliegen als regulären Antrag einzureichen.“

35 Da die Situation im Iran akut ist, halten wir es dennoch für notwendig, die Thematik bereits auf der heutigen Sitzung des Studierendenparlaments zu behandeln.“

40 Dazu erklärt der stellvertretende Sprecher des Studierendenparlaments (Felix Käppel, RCDS), er sei sich der Tatsache bewusst, dass der Termin der derzeitigen Sitzung nicht für alle optimal gewesen sei. Er weist jedoch darauf hin, eine bestehende Einladung zu einem feststehenden Termin einer SP-Sitzung sei keine Voraussetzung für die Einreichung von Anträgen. Grundsätzlich stehe es Parlamentariern immer frei, Anträge einzureichen, die dann auf der jeweils nächsten Sitzung des SP zu behandeln seien.

45 Aus diesem Grund stelle die von der GRAS angeführte Begründung auch keine Begründung der Dringlichkeit gemäß § 10 Abs. 2 GO-SP dar. Er fügt hinzu, aus seiner Sicht sei schon eine Erfassung des Antrags von dem hochschulpolitischen Mandat der Studierendenschaft fraglich. Unabhängig davon sei der Antrag jedenfalls nicht formgerecht eingereicht worden.

50 Weiterhin führt der stellvertretende Sprecher des Studierendenparlaments (Felix Käppel, RCDS) aus, es sei laut GO-SP gewissermaßen das „Privileg“ des fristgerecht eingereichten Antrages, dass zu diesem auch auf eine mündliche Begründung verwiesen werden könne, wohingegen bei Anträgen nach der Antragsfrist eine Begründung und eine Begründung der Dringlichkeit jeweils in Textform erfolgen müsse.

55 Robin Wegener (GRAS) zeit sich über die Ausführungen des stellvertretenden Sprechers des Studierendenparlaments (Felix Käppel, RCDS) enttäuscht. Er erinnert daran, es seien in der Vergangenheit bereits während Sitzungen des SP neue Anträge formuliert worden, sodass ihn eine restriktive Auslegung der Formvorschriften nun überrasche. Zudem stellt er fest, der Antragstext sei aus seiner Sicht eindeutig vom hochschulpolitischen Mandat gedeckt, da laut Aussage der Universitätsverwaltung derzeit Studenten der Ruhr-Universität im Iran seien. Er bedauert aus diesem Grund die Ablehnung des Antrages aus formalen Gründen und kündigt an, diesen zur nächsten Sitzung erneut stellen zu wollen. Er hebt die Bedeutung des Themas hervor, da Studenten an der Teheraner Universität konkret von Verfolgung durch Militär und Polizei betroffen seien.

60 Der Vorsitzende des AStA (Ron Agethen, NAWI) erwähnt in diesem Kontext, das sog. „Landes-Asten-Treffen“ habe bereits eine Solidaritätsbekundung initiiert, der sich Asten bis zum 20. Oktober anschließen könnten. Zudem seien in den Büros des AStA bereits Iraner vorstellig geworden, um auf die Situation aufmerksam zu machen, zu der der AStA derzeit auch Aufklärung in Form von Veranstaltungen und Plakaten betreiben wolle.

65 Der stellvertretende Sprecher des Studierendenparlaments (Felix Käppel, RCDS) spricht den von ihm aus den Ausführungen Robin Wegeners (GRAS) gewonnenen Eindruck an, dieser habe nahegelegt, es werde bei der Behandlung von Anträgen mit zweierlei Maß gemessen und widerspricht dem. Zwar räumt er ein, es seien in der Vergangenheit Anträge noch innerhalb von Sitzungen des SP formuliert worden, stellt jedoch fest, dass dies noch nie eine gute Praxis gewesen sei und erinnert daran, dass auf der vorherigen Sitzung des SP angesichts von spontan formulierten Änderungsanträgen am Protokoll ein Hinweis dahingehend erfolgt sei, solche „Spontananträge“ seien in Zukunft nicht zulässig. Im Sinne einer ordnungsgemäßen Arbeitsweise habe der stellvertretende Sprecher des Studierendenparlaments (Felix Käppel, RCDS) auch Yanki Yilmaz (IL) nach einer verspäteten Antragsstellung darum gebeten, eine Begründung der Dringlichkeit nachzureichen. Er betont, hier seien die gleichen Maßstäbe angelegt worden, wie an den Antrag der GRAS, den er im übrigen nicht inhaltlich abzulehnen gedenke.

80 Auch der Sprecher des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) betont seine Sympathie gegenüber dem Inhalt des Antrages und stellt fest, ihm sei an einer gleichen Behandlung aller Anträge gelegen, weshalb er beispielsweise auch Talha Demirci (NAWI) im Vorfeld der letzten Sitzung zu einer nachträglichen Begründung der Dringlichkeit in Textform aufgefordert habe. Weiterhin führt er aus, er sei für eine Behandlung des Antrages auf einer Folgesitzung offen, merkt jedoch an, er sei sich unsicher, ob eine Absichtserklärung des SP diejenige Maßnahme sei, die den Menschen im Iran tatsächlich helfe. In diesem Kontext hält er die bereits erwähnten Maßnahmen des AStA für effektiver.

85 Robin Wegener (GRAS) stellt fest, er halte die erwähnte Vorgehensweise der Sprecher für nachvollziehbar. Dennoch sei gegenwärtig vor allem Aufmerksamkeit für die Menschen im Iran entscheidend.

Mangels weiterer Anträge und in Abwesenheit von Widersprüchen, stellt der Sprecher des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) den Beschluss der Tagesordnung gemäß § 15 Abs. 2 GO-SP fest.

90 Sofie Rehberg (GRAS) beantragt zur Geschäftsordnung die Erteilung von Rederecht für die anwesenden Gäste gemäß § 17 Abs. 4 lit. K GO-SP. Mangels Gegenrede gibt der Sprecher des

Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) dem Antrag zur Geschäftsordnung gemäß § 17 Abs. 2 GO-SP statt.

TOP 4. Bericht des SP-Sprechers und Anfragen

95 Der Sprecher des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) berichtet, es gebe derzeit leider keine Neuigkeiten zu den vormals beschlossenen Satzungsänderungen. Dazu habe ihn im Vorfeld der Sitzung das AR-MBSB angesprochen. Er erklärt, er warte bezüglich der jüngsten Satzungsänderungen noch auf eine Stellungnahme des Rektorats.

100 Der stellvertretende Sprecher des Studierendenparlaments (Felix Käppel, RCDS) erläutert, er rechne derzeit nicht mit einer Genehmigung der beim Rektorat vorliegenden verabschiedeten Satzungsänderungen. Dies habe den Hintergrund, dass die zu Beginn des Jahres verabschiedeten Änderungen unter anderem einen Paragraphen enthielten, der in einer bereits im Jahre 2015 verabschiedeten aber wenig bekannten Satzungsänderung eingeführt worden sei, die mittlerweile aber auf der Seite des SP einsehbar sei. Nichtsdestotrotz kündigt er an, der Sprecher des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) und er arbeiteten bereits an weiteren Satzungsänderungen (beispielsweise um die Rechtsstellung der FSVK festzuschreiben) und würden in diesem Zuge auch die Einführung des AR-MBSB erneut vornehmen. Als groben Zeitrahmen für die Änderungen weist er den Monat November aus.

110 Der Sprecher des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) schließt sich den Ausführungen des stellvertretenden Sprechers des Studierendenparlaments (Felix Käppel, RCDS) an, präzisiert allerdings, es stehe noch eine Stellungnahme des Rektorates zu den zuvor verabschiedeten Bestimmungen zu digitalen Beschlussfassungen aus.

115 Robin Wegener (GRAS) fragt den Sprecher des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) nach der Veröffentlichung eines Sitzungskalenders. Dieser räumt ein, es sei bislang noch keine hinreichende Absprache von Sitzungsterminen mit den Parlamentariern erfolgt. Er rechne aber damit, dass es vor der Wahl noch zwei Sitzungen gebe.

TOP 5. Bericht des AStA und Anfragen

120 Der Vorsitzende des AStA (Ron Agethen, NAWI) berichtet zunächst über die sog. „Mensafreitische“. Diese bieten bedürftigen Studenten eine Möglichkeit zum kostenlosen Bezug von Mahlzeiten in der Mensa des AKAFÖ. Nach Rücksprache mit dem AKAFÖ sei das diesen zugrundeliegende System nun dahingehend verändert worden, dass zukünftig den betreffenden Studenten ein Betrag in Höhe von 52,50€ auf die Mensakarte überwiesen werde, der diesen dann zur freien Verfügung stünde. Das bislang bestehende System der Bezahlung mit speziellen Münzen für eine begrenzte Anzahl von Gerichten in der Mensa sei von vielen Studenten als stigmatisierend wahrgenommen worden und habe zudem einen größeren Aufwand dargestellt, als die nun vereinbarte Zahlung mit Guthaben auf der Mensakarte, welches für alle gastronomischen Angebote des AKAFÖ eingesetzt werden könne. Das neue Konzept sei noch nicht abschließend ausgearbeitet, werde aber voraussichtlich wieder größtenteils durch das AKAFÖ finanziert.

130 Felix Käppel (RCDS) fragt nach, ob man eine zunächst erfolgte Gutschrift durch das AKAFÖ nicht auch auszahlen könnte, anstatt die 52,50€ wie vorgesehen für Essen zu verwenden. Daraufhin versichert der Vorsitzende des AStA (Ron Agethen, NAWI), eine derartiger Missbrauch sei nicht möglich, da der im Rahmen der Mensafreitische gutgeschriebene Betrag nicht von den Studenten ausgezahlt werden könne.

Weitere Details würden in den nächsten zwei Wochen mit dem AKAFÖ ausgehandelt.

135 Die Erstsemester-Beutel seien in diesem Jahr außergewöhnlich gut angekommen, sodass schon am ersten Tag viele Beutel verteilt worden seien. Während der Einführungswoche sei der AStA zudem täglich mit Informationsständen auf dem Campus vertreten gewesen.

140 Weiterhin benennt der Vorsitzende des AStA (Ron Agethen, NAWI) eine Reihe von kürzlich durchgeführten oder noch anstehenden Veranstaltungen. Dazu gehören ein Tanzkurs, ein Poetryslam, eine Halloweenfeier, die Vorstellung der Antidiskriminierungsbeauftragten der Universität durch „RUB bekennt Farbe“ und ein Vortrag zu Umgang mit Rassismus bei der Polizei. Besonders hebt er die Eröffnung des „AStA-Gaminghubs“ hervor, dessen Rezeption die Erwartungen noch weit übertroffen habe.

145 Zusätzlich erwähnt der Vorsitzende des AStA (Ron Agethen, NAWI), die Entwicklung einer App nähere sich der Beta-Phase. Er erwähnt erneut, der AStA sei von mehreren Iranern angesprochen worden, die über die aktuelle Situation aufklären wollten, die an „RUB bekennt Farbe“ vermittelt worden seien, wo sich bereits Information über verschiedene Kanäle in Arbeit befänden.

Schließlich spricht der Vorsitzende des AStA (Ron Agethen, NAWI) an, der „Raum der Stille“ sei seit der letzten Sitzung des SP eröffnet worden.

150 Auf Rückfrage von Feo Böcker (GRAS) nach der Veröffentlichung des AStA-Koalitionsvertrages bemerkt der Vorsitzende des AStA (Ron Agethen, NAWI), er wolle diese Frage im Nachgang der Sitzung zeitnah beantworten. Feo Böcker (GRAS) betont die Relevanz dieser Frage angesichts der bevorstehenden SP-Wahlen.

155 Robin Wegener (GRAS) zeigt sich skeptisch, ob der Vorsitzende des AStA (Ron Agethen, NAWI) seine Ankündigung zeitnah einhalten werde und fragt zusätzlich nach der Veröffentlichung des Nachhaltigkeitsberichtes, der bereits zum Ende des vergangenen Semesters angekündigt worden sei. Er erwähnt den im Vorfeld der SP-Sitzung veranstalteten Runden Tisch des Ökologieausschusses zum Thema Nachhaltigkeit, auf dem zwar ein Austausch stattgefunden habe, der aber dennoch keinen Ersatz für die zugesagte Berichterstattung darstellen könne. Konkret fragt er nach einem vom AStA angestrebten Zeitpunkt für die Veröffentlichung des Berichtes. Der Vorsitzende des AStA (Ron Agethen, NAWI) berichtet, er habe am Tag der Sitzung mit der verantwortlichen Person gesprochen, die zum Zeitpunkt der Sitzung leider verhindert sei. Daher wisse er, der Bericht sei gegenwärtig noch nicht fertiggestellt, es würden aber zeitnah Neuigkeiten diesbezüglich erwartet. Einen Veröffentlichungstermin wolle der Vorsitzende des AStA (Ron Agethen, NAWI) im Nachgang der Sitzung erfragen und anschließend per E-Mail kommunizieren.

165 **TOP 6. Weitere Berichte**

170 Maximilian Gravendyk (GRAS) fragt den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses (Hendrik Meinert, NAWI) nach dem Stand der Bewerbungen für die Stellen der Kassenprüfer. Dieser gibt an, es seien bislang zwei Bewerbungen eingegangen, denen bereits mitgeteilt worden sei, dass der Entscheidungsprozess vorerst andauere. Derzeit würden noch weitere Bewerbungen erwartet, über die auf einer zeitnah einzuberufenden Sitzung des Haushaltsausschusses zu befinden sei. Auf Rückfrage von Maximilian Gravendyk (GRAS) fügt der Vorsitzende des Haushaltsausschusses (Hendrik Meinert, NAWI) hinzu, eine zeitnahe Entscheidung über die Einstellung innerhalb der aktuellen Legislaturperiode sei geplant.

175 Aus dem Wahlausschuss berichtet dessen Vorsitzender (Hendrik Meinert, NAWI) weiterhin, das Amt des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden sei leider bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt vakant. Er appelliert an alle Listen, sich stärker an den Sitzungen des Ausschusses zu beteiligen.

Robin Wegener (GRAS) berichtet in seiner Eigenschaft als Gremienberater und Mitglied der studentischen Senatsfraktion über den Stand der Verhandlungen über das Modell zur Verteilung der Mittel aus dem ZSL.

180 **TOP 7. Festlegung der Fristen zu den Wahlen zum 55. Studierendenparlament**

Der Vorsitzende des Wahlausschusses (Hendrik Meinert, NAWI) stellt den zuvor als Beschlussempfehlung eingereichten Antrag zur Festlegung der Fristen zu den Wahlen zum 55. Studierendenparlament vor und weist insbesondere auf eine Anpassung der Fristen zur verlängerten Möglichkeit der Beantragung von Briefwahlen hin.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt und bei folgendem Ergebnis angenommen:

23 Stimmen JA

TOP 8. Änderung der Wahlordnung für die Studierendenschaft

190 Der Vorsitzende des Wahlausschusses (Hendrik Meinert, NAWI) stellt den zuvor als Beschlussempfehlung eingereichten Antrag in geänderter Fassung zur Änderung der Wahlordnung für die Studierendenschaft vor.

Zahlreiche Parlamentarier sprechen Hendrik Meinert (NAWI) Dank für seine Arbeit an der Wahlordnung für die Studierendenschaft aus.

195 Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt und bei folgendem Ergebnis angenommen:

25 Stimmen JA

TOP 9. Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt hat Tommy Nickel in einem Anschreiben für schärfere Coronaschutzmaßnahmen plädiert.

200 Er warnt eingehend vor der gegenwärtigen und von ihm vorausgesagten Infektionslage. Dabei betont er die ihm zufolge oft unterschätzte Gefahr von „Long-Covid“. Gegenwärtig würden Regierungen die Gefahr von Covid herunterspielen und die Krankheit fälschlicherweise als Atemwegserkrankung bezeichnen. Anstatt geeignete Schutzmaßnahmen zu treffen, werde seiner Aussage nach derzeit eher auf eine „Durchseuchung“ der Bevölkerung gesetzt.

205 Hendrik Meinert (NAWI) lobt das Engagement von Tommy Nickel, merkt jedoch an, dass das SP jenseits eines unverbindlichen Votums keinen Einfluss auf die Einführung der von Tommy Nickel vorgeschlagenen Maßnahmen (z.B. Einführung von Maskenpflicht innerhalb von Universitätsgebäuden) habe. Stattdessen schlägt er eine weitergehende Behandlung des Themas im Senat vor.

210 Patrick Walkowiak (NAWI) stellt klar, die Kompetenz für die Festlegung von Maßnahmen läge weder bei SP oder Universitätsverwaltung, sondern beim Landesgesetzgeber. Zwar begrüßt er die Debatte über die Maßnahmen, weist allerdings darauf hin, dass er einen Unmut über die im Zuge der letzten Jahre erlassenen Maßnahmen in der Bevölkerung feststelle, was ein Hindernis für die Effektivität der Maßnahmen darstelle.

215 Felix Käppel (RCDS) konstatiert, Deutschland stünde mit den gegenwärtig geltenden Maßnahmen im internationalen Vergleich eher alleine dar. So sei etwa vor wenigen Tagen in den USA die Verpflichtung zum Tragen von Masken selbst in medizinischen Einrichtungen aufgehoben worden. Mit Blick auf den

220 Text stellt begrüßt er zunächst die Tatsache, dass auch Studenten, die nicht dem Parlament angehörten,
sich auf diese Weise einbrächten. Gleichzeitig kritisiert er, dass die im Text aufgestellten Behauptungen
sämtlich ohne Belege oder Quellen vorlägen und er aufgrund eigener Recherchen einige der im Text
angeführten Aussagen für äußerst unwahrscheinlich oder schlicht sachlich falsch halte. Zudem erinnert
er daran, die Rechtfertigung für die bisher verhängten Corona-Maßnahmen sei gerade nicht die Gefahr
des Virus für den Einzelnen, sondern die drohende Überlastung des Gesundheitssystems gewesen.
225 Angesichts von – im zufolge – 2.500 derzeit ausgewiesenen freien Intensivbetten und weiteren 8.000
Intensivbetten als Teil der sog. „Notfallreserve“ könne von einer solchen Überlastung keine Rede sein.
Aus diesem Grund verweist er auf die Möglichkeiten jedes Einzelnen, aus freien Stücken weiterhin eine
Maske zu tragen. Eine weitere Verschärfung der ohnehin vergleichsweise strengeren Maßnahmen in
Deutschland halte er vor diesem Hintergrund aber nicht für richtig.

230 Robin Wegener (GRAS) erzählt von Gesprächen im Senat über die Frage der Maskenpflicht an der
Universität. Kurz nach der Abschaffung der Verpflichtung zum Tragen einer Maske habe es
Vorlesungen gegeben, in denen nach einem Hinweis auf das Ende der Pflicht ein großer Teil der
Anwesenden ihre Masken abgesetzt hätten, was ein großes Problem für Personen dargestellt habe, die
sich zu diesen Zeitpunkten unter den Zuhörern befunden hätten. Aus den Darstellungen des Rektorates
sei ihm auch bekannt, dass das Rektorat zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Kompetenz habe, um eine
235 Maskenpflicht weiterhin einzuführen. Im Hinblick auf einen eventuellen Beschluss des SP erhofft er
sich von diesem jedenfalls eine beachtliche symbolische Wirkung für die Verhandlungsposition der
Studierendenschaft.

240 Niklas Geppert (LHG) begrüßt zunächst ebenfalls die durch den Brief gezeigte Initiative, lehnt die
erhobenen Forderungen inhaltlich dennoch ab. Auch er weist auf die Strenge der Deutschen Maßnahmen
im internationalen Vergleich hin und spricht sich vor diesem Hintergrund sowie in Ansehung der
derzeitigen Infektionslage gegen die Einführung zusätzlicher Maßnahmen aus. Nach knapp drei Jahren
im Zeichen der Pandemie sei nunmehr eine Situation erreicht, in der die Gefahr, welche von dem Virus
ausgehe, hingenommen werden müsse. Durch die verfügbaren Impfungen sei zudem für die meisten
Personen ein zuverlässiger Schutz vor schweren Verläufen einer Infektion möglich. Die Gefahr des
245 „Long-Covid“-Phänomens rechtfertige in der Abwägung nicht die dauerhafte Aufrechterhaltung der
zuvor verhängten Maßnahmen, da eine vollständige Ausrottung des Virus in naher Zukunft nicht
absehbar sei. Insbesondere für sozial-schwache Studenten sei ein angenehmes und zugängliches
Lernumfeld an der Universität besonders bedeutsam, da diese sich nicht jedes Lehrbuch privat
anschaffen könnten.

250 Im Hinblick auf die Ausführungen von Felix Käppel (RCDS) räumt Tommy Nickel ein, er hätte den
Text mit Quellen untermauern sollen. Dieses Versäumnis begründet er damit, dass ihm zunächst nicht
bewusst gewesen sei, inwiefern ein von ihm versandtes Anschreiben überhaupt auf Gehör im SP stoßen
würde. Mit Blick auf den zuvor bemühten Vergleich der Maßnahmen in Deutschland mit denen in
anderen Ländern, weist er darauf hin, erst kürzlich in Spanien eine Maskenpflicht im ÖPNV erlebt zu
255 haben. Auch in Asien gebe es noch immer deutlich striktere Maßnahmen als diese derzeit in Deutschland
gelten würden. Zusätzlich stellt er fest, die Tatsache, dass mittlerweile die Mehrheit der Länder keine
oder weniger strikte Maßnahmen hätten als Deutschland, sei – für sich genommen – noch kein Argument
gegen strengere Maßnahmen. Gegen die zuvor erwähnten Nachteile von Masken beim Lernen über
längere Zeiträume führt er an, Masken schränkten nachweislich nicht die Atmung ihrer Träger ein. Bei
260 den wahrgenommenen Problemen mit Atmung und Konzentration handelte es sich lediglich um
psychosomatische Beschwerden. Aus seiner Sicht stellten Masken einen derartig milden Eingriff in die
Freiheit des Einzelnen dar, dass eine Tragepflicht gerechtfertigt sei, um die dauerhafte Erkrankung vieler
Tausend Personen an „Long-Covid“ zu verhindern. Er kritisiert, eine Abschaffung der Maßnahmen
käme effektiv einer Abstreitung der fortgesetzten Existenz des Virus gleich.

265 Auf Rückfrage durch Felix Käppel (RCDS) nach der in seinem Text erhobenen Behauptung einer
Verdopplung des bisherigen Rekordes an täglichen Erstaufnahmen von Covid-Patienten in
Krankenhäusern im Saarland innerhalb der vergangenen Woche, verweist er die Anwesenden auf eine
Grafik über die Daten des DIVI-Intensivregisters, nach der kürzlich über 24 Personen innerhalb eines
Tages auf Intensivstationen im Saarland eingeliefert wurden, wohingegen die nächsthöhere
270 Einweisungszahl 16 im April 2022 betragen habe.

Patrick Walkowiak (NAWI) stellt sich nicht grundsätzlich gegen die Einführung von härteren Maßnahmen, weist aber darauf hin, dass es ein breites Spektrum an möglichen Maßnahmen gäbe. Zu der von Tommy Nickel erhobenen Behauptung, etwaige negative Auswirkungen von längerfristigem Tragen von Masken seien lediglich psychosomatisch wirft er ein, dies sei letztlich unerheblich für die betroffenen Einzelpersonen, da die Ursache von wahrgenommenen Problemen mit Atmung oder Konzentration diese jeweils nicht abmildere.

Matthias Brüggemann (GEWI) hält Vorsicht für den zentralen Bestandteil einer post-Corona-Normalität. Aus seiner Sicht sei es empfehlenswert, an die Vernunft der Studenten zu appellieren und diese ggf. durch Veranstaltungen über das bestehende Erkrankungsrisiko zu informieren.

Franzi Stein (FSVK) erwähnt Migräne als Beispiel für eine von mehreren Erkrankungen, deren Ursache zwar womöglich psychosomatisch sein könne, die aber dennoch – insbesondere befördert durch längerfristiges Tragen einer Maske – eine erhebliche Einschränkung für die von ihr betroffenen Personen darstelle und weist darauf hin, dass unter diesen Gesichtspunkten auch eine Maskenpflicht einer nicht unerheblich Anzahl von Personen die Möglichkeit zur Universitätsbildung deutlich erschwere.

Niklas Geppert (LHG) bedankt sich bei Franzi Stein (FSVK) für den Beitrag und betont, das Ziel in der Diskussion über die Maßnahmen müsse möglichst zeitnah eben nicht die Herbeiführung einer „neuen Normalität“, sondern die Rückkehr zur „alten Normalität“ sein. Zu einem unbeschwerten Leben gehöre eine vollumfängliche nonverbale Kommunikation dazu.

Tommy Nickel entgegnet, die „alte Normalität“ werde es jedenfalls nie wieder geben. Auch eine Abschaffung jeglicher Maßnahmen würde daran nichts ändern können. Dem von Niklas Geppert (LHG) erwähnten Selbstschutz von Masken nach FFP2-Standard hält er entgegen, dass dieser nicht so hoch sei wie das Schutzniveau bei einer Begegnung zwischen zwei Personen mit derartigen Masken. Weiterhin bemängelt er das mangelnde Angebot von Hybrid-Formaten an vielen Fakultäten.

Nach weiteren Beiträgen zu verschiedenen hypothetischen Situationen im Umgang mit Ausnahmen von einer etwaigen Maskenpflicht, erinnert Sofie Rehberg (GRAS) an den begrenzten Umfang der Kompetenzen des SP in dieser Angelegenheit und schlägt vor, die Debatte vorbehaltlich eines entsprechenden Antrages auf einer zukünftigen Sitzung unter der konkreten Frage weiterzuführen, ob das SP sich für eine verstärkte Empfehlung der Universitätsverwaltung für das Tragen von Masken auf dem Campus aussprechen soll.

Abschließend sichert der Sprecher des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) den Vertretern der FSVK zu, Terminkollisionen zwischen Sitzungen des SP und der FSVK zukünftig vermeiden zu wollen.

Der Sprecher des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) schließt die Sitzung um 20.13 Uhr.

Für das Protokoll

Felix C. Käppel

stellv. Sprecher des
Studierendenparlaments